



Wir haben es in der Hand: Metallerinnen und Metaller machen Druck beim Verhandlungsaufakt

ARBEITGEBER IN DER ERSTEN RUNDE ZU UNSEREN FORDERUNGEN:

Nein! Nein! Nein!

Drei Forderungen. Dreimal Nein von den Arbeitgebern. Sie gaben am 8. Februar in Darmstadt in der bundesweit ersten Verhandlung ein unmissverständliches Signal: Die Runde wird hart!

„Wir wollen bis 28. März, bis zum Ende der Friedenspflicht, zu einem Ergebnis kommen. Die IG Metall ist dazu bereit.“ Das hatte unser Bezirksleiter und Verhandlungsführer Armin Schild zu den gut 200 Metallerinnen und Metallern gesagt, die vor das Verhandlungslokal gekommen waren, um für die Forderungen zu demonstrieren. „Gib mir fünf“ war auf Riesenhänden zu lesen. Auch für die Forderung nach Wiederinkraftsetzen des Tarifvertrags vermögens-

wirksame Leistungen und nach einem Tarifvertrag Qualifizierung und Innovation gab's Beifall.

Nicht so bei den Arbeitgebern. Das war zu erwarten. Nicht zu erwarten war, in welchem Stil ihr Verhandlungsführer Heinrich A. Fischer diese Forderungen vom Tisch fegen wollte. „Nur die Produktivitätssteigerung ist zu verteilen“, die Preise würden nicht in die Lohnformel hineingehören. Klartext: Maximal 1,2 Prozent. „Vermögenswirksame Leistungen sind Kosten für uns.“ Der Tarifvertrag würde nur wieder neu abgeschlossen, wenn dies bei der Entgelterhöhung angerechnet würde. Und: „Tarifvertrag Qualifizierung und Innovation brauchen wir nicht“, darüber würden sie

keinen Vertrag abschließen. „Das können Sie sich abschminken!“

„Das habe ich so noch nicht erlebt“, wunderte sich Armin Schild über die kompromisslose Reaktion der Arbeitgeber. Empört reagierte er auf die Arbeitgeber-Antwort auf unsere wirtschaftliche Begründung der Forderung. Fischer hatte diese mit der Bemerkung versehen, das brauche man nicht. „Ihnen passt nicht, dass nicht nur wir, sondern auch Ökonomen nach mehr Binnenkaufkraft rufen“, sagte Armin Schild. Seien die Ökonomen auf ihrer Seite, würden sie auf volkswirtschaftliche Vorträge nicht verzichten wollen. Sein Fazit: „Das Verhalten der Arbeitgeber ist skandalös.“

ZUR SACHE

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Arbeitgeber sagen, sie müssten die Gewinne für sich behalten. Das sei gut für die Beschäftigung. Doch längst haben sie die auch in der Verhandlung vom 8. Februar behauptete Wirkungskette, wonach höhere Gewinne zu mehr Investitionen und diese zu mehr Beschäftigung führen würden, selbst widerlegt: Viele Betriebe haben trotz glänzender Gewinne Investitionen verringert und Jobs vernichtet. Die Arbeitgeber lassen also nachweislich die von ihnen behauptete beschäftigungspolitische Verantwortung vermissen. Sie wollen den Beschäftigten Lohnverzicht und der Volkswirtschaft Kaufkraftentzug zumuten – beides vor allem zu Gunsten der so genannten Shareholder, die sich nur der Vermehrung des eingesetzten Kapitals verpflichtet fühlen. Wie es Beschäftigten und deren Familien geht, interessiert sie nicht die Bohne. Wir sind uns mit führenden Ökonomen einig: Für mehr Beschäftigung braucht die Konjunktur zusätzliche Nachfrage. Für mehr Nachfrage müssen die Tarife deutlich steigen. Nur so können wir erreichen, was die Arbeitgeber angeblich wollen: Arbeitsplätze im Land behalten. **Euer Armin Schild**
Bezirksleiter



Montagezuschlag in ERA eingebaut

Der von den Arbeitgebern auf Bundesebene gekündigte Bundesmontage-Tarifvertrag (BMTV) ist wieder in Kraft. Der 13-prozentige Montagezuschlag damit auch. Sobald betrieblich das neue Entgeltrahmenabkommen (ERA) eingeführt wird, geht dieser Zuschlag darin auf. Das heißt: Er wird bei den Eingruppierungen in eine der neuen Entgeltgruppen und gegebenenfalls in Betriebsvereinbarungen über die Regelung besonderer Erschwernisse berücksichtigt.

In jedem Fall wird der Besitzstand gewahrt. Dies haben wir mit den Arbeitgebern der Mittelgruppe bereits Ende Januar vereinbart, nachdem zuvor ihr Dachverband und der IG Metall-Vorstand eine Rahmenvereinbarung hierzu getroffen hatten. Auch die bisherigen Regelungen über Fahrtkostenersatz und Auslösungen gelten zunächst unverändert weiter. Sie sollen nach ERA-Einführung neu tarifvertraglich geregelt werden.

TERMINE

So geht es weiter

Die zweite Verhandlung für die Mittelgruppe (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland) ist am 10. März. Am 15. und 16. März veranstaltet der Bezirk in Kassel ein betriebspolitisches Forum zu Innovation und Qualifizierung. Am 21. (Rheinland-Pfalz), 22. (Hessen) und am 24. März (Saarland) gibt es Mobilisierungsveranstaltungen für die Zeit nach Ende der Friedenspflicht. Diese läuft am 28. März um 24 Uhr aus. Danach kann die IG Metall zu Warnstreiks aufrufen.



„Jetzt geht's los!": Gut drauf waren 400 Metallerrinnen und Metaller im Frankfurter DGB-Haus

AUFTAKTVERANSTALTUNG IM DGB-HAUS FRANKFURT

„Geist ist geil“

Tolle Stimmung bei der Auftaktveranstaltung des Bezirks nachmittags nach der ersten Verhandlung. „Jetzt geht's los!“ waren 400 Metallerrinnen und Metaller begeistert.

„Sie haben die uneingeschränkte Unterstützung der gesamten IG Metall!“ Riesenbeifall erhielt der 1. Vorsitzende Jürgen Peters für diese Zusicherung an die streikende AEG-Belegschaft in Nürnberg. Was sie tue, sei reine Notwehr gegen die Auswüchse eines Kapitalismus, der nur noch die Renditen der Aktionäre im Blick habe. Dass Lohnverzicht Arbeitsplätze sichere, „ist ein Märchen“. Wer die Arbeitslosigkeit bekämpfen wolle, müsse umsteuern auf mehr Kaufkraft und Binnennachfrage. „Die Menschen müssen wieder konsumieren können.“

Wie notwendig ein Umsteuern ist, präsentierte eindrucksvoll der Bremer Wirtschaftsprofessor Jörg Hufschmid. Von Exporten allein käme die Wirtschaft nicht in Schwung, „auch wenn wir Exportweltmeister bleiben“.

Wenn die Wirtschaft nachhaltig in Schwung kommen solle, müsse der private Verbrauch steigen.

Armin Schild nahm in seiner vielfach von Beifall unterbrochenen Rede diesen Ball auf und die Gesamtmetall-Argumentation auseinander, wonach von 100 Euro mehr Lohn nur 30 Euro nachfragewirksam würden. Der Rest würde keine Nachfrage auslösen, sondern für Sozialbeiträge, ausländische Güter, Urlaub im Ausland und fürs Sparen verbraucht. „Das ist eine Milchmädchenrechnung“, sagte Schild. Denn auch Sozial- und Krankenkassenbeiträge würden wieder ausgegeben und damit

nachfragewirksam. Der Kauf ausländischer Waren oder Auslandsurlaub käme als erhöhte Auslandsnachfrage ebenfalls wieder in Deutschland an.

„Das ist Unsinn, geboren aus der Geiz-ist-geil-Mentalität vieler Unternehmer, wir aber brauchen Geist ist geil“, unterstrich er die Forderung nach einem Tarifvertrag Qualifizierung und Innovation. Dieser sei eine notwendige Ergänzung zum Pforzheimer Abkommen, um Entwicklungen wie bei AEG frühzeitig gegenzusteuern. „Wir wollen nicht zusehen, wie Manager Betriebe mit Kostensenkungsprogrammen an die Wand fahren“, sagte er unter starkem Beifall.



Armin Schild, Jürgen Peters, Jörg Hufschmid: Mehr Nachfrage tut not